Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 18.12.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Änderung des Schulgesetzes sowie Antrag zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums

Zumindest ein Wahlversprechen will die FDP einhalten und heute mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den ersten Schritt machen, um die Realschule als Angebotsschule zu erhalten. Was ganz harmlos mit ein paar veränderten Jahreszahlen beginnt, hat aber weitreichende Folgen für die Schleswig-Holsteinische Schulstruktur.

Es ist gerade mal zwei Jahre her, dass sich die Große Koalition zu einem Kompromiss in der Schulstruktur durchringen konnte. Mit der Einführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen gab es ein bisschen CDU und ein bisschen SPD – eine Schulreform aus einem Guss sieht allerdings anders aus. Der SSW hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass wir die Einführung der Regionalschule für eine Sackgasse halten. Aus unserer Sicht kann eine umfassende Schulstrukturreform nur heißen, dass die Gemeinschaftsschule flächendeckend eingeführt wird. Wir brauchen eine Schule für alle, die auch eine Schule für alle ist.
FDP und CDU haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass die

Schulen Zeit und Ruhe brauchen, um vernünftig arbeiten zu können. Dies ist durchaus zu begrüßen, zum jetzigen Zeitpunkt jedoch völlig fehl am Platz. Es kann nicht sein, dass die Frist zur Umwandlung der Haupt- und Realschulen in Regional- und Gemeinschaftsschulen um ein Jahr verlängert wird und damit die begonnene Schulstrukturreform mittendrin abgewürgt wird. Damit kommen wir dem Ziel nicht näher, sondern verlängern nur einen ohnehin schon schwierigen Prozess um weitere zwölf Monate.

Im Koalitionsvertrag wird die Fristverlängerung damit begründet, dass man gemeinsam mit den Schulträgern vernünftige Lösungen für die regionale Schulentwicklung erreichen möchte. Für mich stellt sich hier die Frage, wie denn diese „vernünftigen Lösungen“ aussehen sollen. Dass unsere Kinder nach der Grundschule in Zukunft auf eine Hauptschule, Realschule, Regionalschule, Gemeinschaftsschule, Gesamtschule oder das Gymnasium gehen können, kann ja wohl weder aus pädagogischer noch aus finanzieller Sicht ernst gemeint sein. Auch ein zurück auf Anfang und damit die Rückwandlung von neuen Schulformen in alte Schulformen kann nicht Sinn der Sache sein.

Die Gemeinschaftsschule ist die Schulart, die den Schülerinnen und Schülern sowohl eine individuelle Förderung als auch ein reiches soziales Leben bietet. Gemeinschaftsschulen haben außerdem flexible Strukturen, mit denen schnell auf veränderte Bedürfnisse der Kinder reagiert werden kann. Die Gemeinschaftsschule ist eben keine Einheitsschule, ihr Markenzeichen ist die individuelle pädagogische Förderung und sie ist die Schule der Zukunft.

Auch im Bereich der Gymnasien hat die ehemals Große Koalition Veränderungen durchgeführt, die fast ohne Ausnahme zu negativen Rückmeldungen geführt haben. Die Warnungen vor G8 sind damals genau so aktuell wie heute. Mit dem einzigen Unterschied, dass wir jetzt aus Erfahrung sprechen. Der SSW hat frühzeitig die Einführung kritisiert und vor den negativen Folgen des verkürzten Abiturs gewarnt. Zum einen kritisieren wir die Einführung und Umsetzung von G8, weil nicht die gesamte Schulstruktur mit in die Veränderung einbezogen wurde, sondern es vorrangig um eine Verkürzung der Schulzeit ging. Mit anderen Worten, die Stoffpläne wurden von neun auf acht Jahre zusammengequetscht, mit den weiteren Konsequenzen wurden die Schulen allein gelassen. Zum anderen widerspricht diese Strukturreform des Gymnasiums unserer Auffassung, dass Schülerinnen und Schüler Zeit brauchen, um lernen und sich entwickeln zu können.

Die kurzfristige Entlastung der Schülerinnen und Schüler, die momentan im achtjährigen Gymnasium stecken, ist ein wichtiger Schritt, um eine akute Notsituation kurzfristig zu lösen. Allerdings besteht mit dieser Entlastung auch die Gefahr, dass Zwischenlösungen die Zementierung der Zukunft sind. Aus Sicht des SSW muss aber die langfristige Zielsetzung sein, dass das

achtjährige Gymnasium wieder abgeschafft wird. Es reicht aus unserer Sicht nicht aus, dass es schon heute an den Gemeinschaftsschulen eine Ausweichmöglichkeit zum Turbo-Abitur gibt. Mit unserem vorliegenden Änderungsantrag wollen wir daher den ersten Schritt zu einer Schulgesetzänderung machen, um das achtjährige Gymnasium abzuschaffen.